

Datum: 22, 2010; Ressort: SALZLAND-KURIER; Seite: 1

Hecklingen: Stadtrat wendet sich mit Schreiben an Klinikgeschäftsführung

# Rat muss sich zwischen zwei Protestanschreiben entscheiden

Hecklingen (nme). Die Stadt Hecklingen unterstützt die Protestaktion der Stadt Staßfurt zum Erhalt des Klinikstandortes mit einem Protestanschreiben. Der Stadtrat Hecklingen musste sich am Dienstag auf seiner Sitzung gleich zwischen zwei Protestresolutionen entscheiden. Und legte fest, dass Bürgermeister Hans-Rüdiger Kosche (CDU) sich im Namen der Räte mit seinem unverhofft vorbereiteten Schreiben und damit folgendem Wortlaut an die Geschäftsführer der Kreisklinik Aschersleben-Staßfurt wenden soll: „Der Stadtrat der Stadt Hecklingen sieht die Entwicklung des Klinikstandortes Staßfurt mit großer Sorge. Insbesondere die Schließung der chirurgischen Abteilung stößt auf großes Unverständnis. Chirurgische Leistungen gehören zur Grundversorgung eines jeden Krankenhauses. 14 000 Unterschriften und 6000 Teilnehmer an der Demonstration zum Erhalt der Staßfurter Klinik sind der Beweis dafür, dass die Menschen in unserer Region ihr Krankenhaus und dessen medizinische Leistungen erhalten wollen. Wir fordern die Klinikleitung in Aschersleben auf, alles zu tun, damit der Standort Staßfurt auf Dauer als Krankenhaus gesichert und erhalten bleibt und unterstützen damit die Bemühungen der Stadt Staßfurt ausdrücklich.“

Neben diesem Anschreiben stand ein weiterer Textentwurf zur Abstimmung, den die

Stadtratsfraktion der Wählergemeinschaft Hecklingen (WGH) vorsorglich für die Ratssitzung Dienstagabend vorbereitet hatte, da eine Abstimmung über ihren Antrag zur Protestresolution nicht kurzfristig auf die Tagesordnung gerückt worden war. Darin heißt es: „Im Namen der Bürger unserer Stadt protestieren wir auf das Schärfste gegen die Schließung der Chirurgie im Krankenhaus Staßfurt sowie gegen die zum 31. Dezember 2010 geplante Schließung der Notarztstandorte Staßfurt und Egel. Damit wird die medizinische Grundversorgung unserer Bürger weiter verschlechtert. Auf sie kommen noch weitere Wege und somit höhere Kosten zu. Darüber hinaus müssen sie im Ernstfall noch länger auf den Einsatz des Notarztes warten, was zu Dauerschäden oder sogar zum Tod führen kann. Das können wir nicht ohne Widerspruch hinnehmen, zumal deutlich geworden ist, dass allein der Altkreis Staßfurt von der Neustrukturierung der Notarztstandorte sowie der Krankenhäuser betroffen ist. Diese Ungleichbehandlung ist nicht dazu angetan, das Zusammenwachsen des Salzlandkreises zu fördern. Wenn wir an unsere älteren Bürger denken, so sind diese aufgrund der schlechten Verkehrsanbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur schwer oder erst nach langen Wartezeiten in der Lage, Arzttermine in

Aschersleben wahrzunehmen oder Angehörige im dortigen Krankenhaus zu besuchen. Deshalb unterstützen wir die Protestaktionen der Stadt Staßfurt und fordern Landrat Ulrich Gerstner, den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Salzlandkliniken, Gerald Bieling, den Sprecher der Klinik-Holding, Peter Löbus, sowie die Geschäftsführer der Kreiskliniken Aschersleben-Staßfurt, Dr. Erik Czihal und Melita Planert auf, die auch für unsere Stadt negativen Entscheidungen rückgängig zu machen.“

Dieser Brief war auf der Ratssitzung Dienstagabend öffentlich verlesen worden, kommt aber bei den Adressaten nicht an. Der Rat entschied sich dafür, die Version des Bürgermeisters auf den Weg zu bringen.

Auf die Kritik aus Hecklingen angesprochen, äußerte sich die Klinik-Geschäftsführung gestern nicht zur Protestresolution. Über die Pressestelle der Klinik wurde mitgeteilt, dass es sich bei der Angelegenheit um eine „Holdingscheidung“ handle. Direkter Ansprechpartner seien der Landrat oder der Sprecher der Holding.

Landrat Ulrich Gerstner (SPD) befindet sich derzeit im Urlaub, ist aber Montag wieder erreichbar. Pressesprecherin Ursula Rothe sagte gestern eine Stellungnahme zur Resolution aus Hecklingen für die kommenden Woche zu.